

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.20.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Postbezirk RM. 1.30 mit
Postzuschlag. Preis freier-
lich. Preis einer Nummer 10 Pf.
In allen übrigen Bezirken beträgt
der Zuschlag auf Lieferung der
Zeitung oder auf Wiederholung
des Bezugpreises.
Abbestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Stellen Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuenburg.

Der Enztäler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über
deren Raum 25 Zeilen, Restanzzeit
20 Zeilen, Kollektivanzeigen 100 Zeilen.
Zwischen: Offerte und Zustellungs-
erstattung 20 Pf. Bei größeren
Anzeigen Rabat, der im Falle
des Nachverfahrens häufig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 5 Tagen nach Ab-
rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarif-
änderungen treten sofort alle früheren
Verabredungen außer Kraft.
Verständlich für beide Teile in
Neuenburg. Für teile, Aufträge
und frische Bestellungen übernimmt
Erhebung täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neudtischen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Diefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Diefinger in Neuenburg.

Nr. 232 Montag den 5. Oktober 1931 89. Jahrgang

Ameritareise des Reichskanzlers?

Paris, 4. Okt. Als neueste Sensation taucht wieder das Gerücht einer Reise des deutschen Reichskanzlers nach Washington auf. Der Leiter des republikanischen Parteivorstandes der Vereinigten Staaten, Robert Lucas, hat nach einer Agenturmeldung mitgeteilt, daß Brüning zu einem Besuch nach Ende dieses Monats nach Washington eingeladen werden würde.
Die aus Paris kommende Meldung über eine bevorstehende Einladung des Reichskanzlers nach Washington ist insofern noch nicht amtlich bestätigt worden. Man erinnert sich daran, daß, als vor einigen Wochen ähnliche Meldungen kursierten, auf die Schwierigkeiten einer längeren Abwesenheit des Reichskanzlers von Berlin hingewiesen wurde. Die Möglichkeit einer Reise des Reichskanzlers nach Washington ist wohl theoretisch auch während des französischen Besuchs in Berlin erörtert worden. Man ist aber in der Wilhelmstraße der Auffassung, daß auch während der nächsten Monate die innerpolitische Situation kaum so klar sein wird, daß der Reichskanzler für drei bis vier Wochen die Reichshauptstadt verlassen könnte.
Da dem Washingtoner Kabinett sowohl die grundsätzliche Neigung des Kanzlers zu einer persönlichen Besprechung wie auch die innerpolitischen Schwierigkeiten, die einer Reise entgegenstehen, bekannt geworden sein dürften, bleibt abzuwarten, ob eine offizielle Einladung erfolgt.

Brüning spricht vor dem Reichsrat

Berlin, 4. Okt. Die Rotverordnung, die mit ihren 20 „Punkten“ eine kleine Gesetzesammlung für sich bildet, soll am Montag in zweiter Lesung verabschiedet und am Dienstag oder Mittwoch den Länderregierungen in einer öffentlichen Vollversammlung des Reichsrates unterbreitet werden, die der Kanzler mit einer Darstellung unserer wirtschaftlichen und politischen Lage einleiten will.

Treviranus gegen Curtius?

Paris, 4. Okt. Die neueste Entwicklung in Deutschland wird von der Pariser Presse mit einiger Besorgnis verfolgt. Es wird zwar registriert, daß die Reichsregierung, wie der „Excelsior“ schreibt, „um jeden Preis die Mark zu verteidigen will“, aber Gerüchte über schwere Uneinigheiten im Kabinett selber lassen die Zukunft problematisch erscheinen. Nach den hiesigen Berichten hätten vier Minister — Treviranus, Gröner, Schiele und Schädel — Dr. Curtius' Haltung in Genf desavouiert. Curtius sei entschlossen, auf jeden Fall zu demissionieren. Andererseits werden in der hiesigen Presse die Zwischensfälle an der Ruhr und das Aufblühen kommunistischer Streiks auf den Schiffen und in den Häfen als ernste Symptome angesehen.

Internationale Herabsetzung der Goldbedeckung?

Berlin, 3. Okt. Die „United Press“ an maßgebender Stelle erfährt, hat der Generaldirektor der Bank für internationale Zahlungsausgleich, Lugens, den Plan einer allgemeinen Revision des Goldstandards ausgearbeitet, der bei der nächsten Direktionsführung der Bank für internationale Zahlungsausgleich am 12. Oktober vorgelegt werden soll. Es handelt sich bei diesem Projekt um die Herabsetzung der Goldbedeckungen der beteiligten Staaten auf die Hälfte, also auf 20 Prozent des Notenumsatzes, nachdem die bisherigen Goldbedeckungen im Durchschnitt etwa 40 Prozent betragen. Lugens' Plan soll nicht nur denjenigen Staaten Hilfe bringen, die an Goldmangel leiden, sondern auch die Lage der Länder, die in Goldüberfluß erstickten, verbessern. Man hofft, daß eine Neuverteilung der Goldbestände zustande kommen würde, die eine Belebung des internationalen Handelsverkehrs hervorgerufen müßte.

Auszug aus der SPD.

Die Breslauer Ortsgruppe gründet eine „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“
Breslau, 3. Okt. Am Freitagabend fand in Breslau eine von dem durch Parteibeschluß ausgeschlossenen Vorstandsmitglied der Breslauer Ortsgruppe der SPD, Rechtsanwalt Dr. Gd. Klein, einberufene Versammlung statt, die von etwa 200 Personen besucht war und in der die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hiegler und Seydewitz sprachen. Am Schluß der Kundgebung, auf der sich Seydewitz und Hiegler schon gegen die Tolerierungspolitik der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen, die einer Ohnmachtspolitik gleiche und den Forderungen der Arbeiterklasse nicht entspreche, wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Parteiorganisation Breslau erklärt sich mit ihrem Führer Gd. Klein solidarisch und betrachtet sich als aus der SPD ausgeschlossen. Die bisherigen Parteigenossen und das ganze deutsche Proletariat werden zur Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ aufgefordert. Die Entschlüsselung wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Mit einem Hoch auf die neu gegründete Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Pfarrer Eckert ausgeschlossen

Der badische Landesvorstand beschloß in seiner Sitzung am letzten Freitag, den Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert wegen Fellenbildung in der Partei und groben Vertrauensbruch, unter Ausschluß des statutarischen Verfahrens, mit sofortiger Wirkung aus der Partei auszuschließen. Pfarrer Eckert hatte an den Ortsvereinsvorstand der Sozialdemokratischen Partei Mannheim ein Schreiben gerichtet, in dem er ersucht, über den Landesvorstand beim Parteivorstand in Berlin vorstellig zu werden und von diesem zu verlangen, daß ein Ausschuß eingesetzt werde, der die Angelegenheit Seydewitz zu untersuchen habe mit der sofortigen Aushebung des Ausschlusses von Seydewitz aus der Partei. In diesem Schreiben bekennt sich Pfarrer Eckert zur Fellenbildung in der Partei, indem er u. a. schreibt, er werde die Verbreitung der „Fackel“ auch weiterhin zu organisieren versuchen und die freie Verlagsgesellschaft unterstützen. Er mache sich also desselben Verbrechens schuldig, wegen dessen die Genossen Seydewitz und Kosenfeld ausgeschlossen worden seien. Außerdem erklärt Eckert zum Schluß, daß er an der auf Sonntag von Seydewitz nach Berlin zusammenberufenen Konferenz teilnehmen werde.

Wie aus einer Feststellung des sozialdemokratischen Landesvorstandes weiter hervorgeht, verurteilte Eckert, der Führer der religiösen Sozialisten, schon seit langem, Fellen in der Partei zu bilden und illegale Zusammenkünfte zu organisieren. Er mußte sich diesbezüglich vor dem Vertrauensmännerkörper der Sozialdemokratischen Partei Mannheims am 11. August verantworten. Hier gab Eckert am Schluß der Verhandlung die Erklärung ab, daß er eingesehen habe, daß er nicht mehr an solchen Zusammenkünften teilnehmen werde. Dieses Versprechen gegenüber den Parteigenossen hat Eckert nicht gehalten, sondern seine heimlichen Konferenzen weiter geführt.

Wie verlautet, tritt am Dienstag der Vorstand der religiösen Sozialisten zusammen, um zu der durch den Ausschuß Pfarrer Eckerts aus der SPD, geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Vermutlich dürfte der aus Mitgliedern der SPD, bestehende Vorstand das Verhalten Eckerts mißbilligen und Eckert selbst die Ämter niederlegen, die er bisher im Verband religiöser Sozialisten bekleidete.

Zu einem Rundschreiben der Bezirksleitung Baden-Pfalz der SPD wird mitgeteilt, daß Pfarrer Eckert Mitglied der nächsten russischen Delegation sein werde.

Die „Sozialistische Arbeiterpartei“ in Berlin gegründet

Berlin, 4. Okt. Am Sonntag ist auf einer Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Opposition die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei beschlossen und damit die Spaltung der Sozialdemokratie gewissermaßen feierlich sanktioniert worden.

Die Gründungskonferenz fand, wie eine Berliner Korrespondenz zu berichten weiß, in einem Charlottenburger Lokal, dessen Adresse aber geheim gehalten wurde, statt. An ihr nahmen über 20 Delegierte teil, die von den insgesamt 22 Reichstagswahlbezirken 25 vertraten. Auch Abgeordnete der Sozialistischen Arbeiterjugend waren mit ihren Bannern erschienen. Das Referat hielt der Reichstagsabgeordnete Seydewitz, der eigentliche Inspirator der Bewegung und wohl auch der neuen Partei. Er tadelte die Tyrannei des sozialdemokratischen Parteivorstandes, wies auf Vermittlungsversuche der letzten Zeit hin, die von namhaften Führern der Internationale, so auch von dem Führer der Österreichischen Sozialdemokraten, Otto Bauer, ausgegangen seien, und entwickelte dann die Grundgedanken der neuen Partei. Sie wolle eigentlich gar keine Partei, sondern nur eine Kampfgenossenschaft sein. Man wolle die Taktik der Demokratie anwenden, werde aber notfalls auch Mittel der Diktatur nicht verschmähen. Schließlich kündigte Seydewitz noch an, daß vom 1. November die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ als Organ der Neugründung erscheinen werde.

Klaus Zwilling, der bisher Redakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes in Blauen war, will sich, wie auf der Gründungskonferenz noch mitgeteilt wurde, „wehren“ machen und dem sozialdemokratischen Reichsbanner — wohl nach österreichischem Muster — einen sozialistischen Schwundband entgegenstellen. Das hat gerade noch gefehlt!

Amerikanische Initiative in der Abrüstungsfrage

Washington, 3. Okt. Im Staatsdepartement fand gestern eine lebenswichtige Besprechung zwischen Staatssekretär Stimson und dem Sachverständigen für die Abrüstungsfrage, Senator Rowan, statt. Ueber den Gegenstand der Konferenz, an der auch der Generalsekretär der amerikanischen Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz, ferner der Referent für Beharrungsvermögen und der Leiter der wirtschaftlichen Abteilung teilnahmen, wird Still Schweigen bewahrt.
„Baltimore Sun“ will aber aus angeblich guter Quelle erfahren, daß man den Entwurf eines Sicherheitspaktes ausgearbeitet habe, der, entsprechend französischen Wünschen, weitgehend als ein bloßer Konsultativpakt. Dieser Plan soll es Frankreich und Polen ermöglichen, Abstriche bei ihren Verbündeten vorzunehmen und einer den deutschen Wünschen entsprechenden Regelung der polnischen Korridorfrage zuzustimmen, damit im Osten Europas das Gefühl stabiler Verhältnisse hergestellt werde.

Das große Revisionsprogramm des Faschismus

Rom, 3. Okt. Zu einem wichtigen Beschluß in der Außenpolitik kam in seiner heutigen Nachsitzung der große faschistische Rat, in seiner entscheidende Partei- und Verfassungsorgan des faschistischen Italien.
Mussolini sprach eine Stunde lang über die Innen- und Außenpolitik. Daraufhin wurde von allen anwesenden Ministern und Würdenträgern des Faschismus die Erklärung beschlossen, daß die Weltlage nicht zu einer Lösung kommen könne, wenn nicht ohne Zögern Maßnahmen ergriffen würden, die in erster Linie das Weltproblem der Rüstungen und das der Schulden und der Reparationen erfassen. Die Lösung dieses Problems in Genf sei voll zu billigen, denn er habe gegen alle Vorurteile und Schwierigkeiten die internationale Frage der Rüstungen auf eine realistische und konkrete Ebene gebracht.
Bemerkenswert ist noch, daß der Generalsekretär der Partei, Giurati, den vollen Beifall des großen Rates fand, als er forderte, daß der Faschismus durch Propaganda dem Ausland in seiner wahren Weltbedeutung bekannt gemacht werden soll entgegen allen „ausländischen Nachrichten und Verästelungen“ des Faschismus, die mit diesen Worten gewissermaßen verworfen werden.

Auftrieb der englischen Wirtschaft

London, 4. Okt. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die englische Wirtschaft durch die Wundertwertung einen Auftrieb erfahren hat. Besonders aus der Schiffahrt, der Maschinen-, Gruben-, Baumwollen-, Kunststoffe- und Holzindustrie liegen günstige Berichte vor. Zum ersten Male seit langer Zeit haben auch die
Arbeitslosenjiffern einen Rückgang.
Im nordwestlichen Industriegebiet werden für die letzten Tage 21000 Erwerbslose weniger ausgewiesen. Der Lancaster District meldete eine Zunahme der Produktion auf allen

Gebieten. Seit Jahren ereignete es sich zum erstenmal wieder, daß chinesische Firmen Baumwollordere nach England geliefert haben.

Was den Stand der Schiffahrt betrifft, so waren im August 153 Schiffe allein auf dem Tyne stillgelegt. Diese Schiffe sind mittlerweile auf 140 heruntergegangen. Die Frachtsätze sind gefallen. Eine Flotte von acht Dampfern ist von Plymouth nach den Walliser Seen abgegangen, um von dort aus
Kohle nach den Mittelmeerhäfen

zu verfrachten. Man rechnet mit gesteigertem Kohleexport nach allen Ländern, die den Goldstandard beibehalten haben. Dagegen glaubt man, weniger mit den skandinavischen Staaten konfliktieren zu können, weil die dortige Geldwertung die wirtschaftlichen Auswirkungen der englischen Abkehr vom Goldstandard weitgemacht hat.

Der Verlust der Reichsbank an Gold und ausländischen Devisen wird in der englischen Presse lebhaft kommentiert. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß dieses Ergebnis durch verschiedene Ereignisse hervorgerufen wurde, die einmaligen Charakter aufweisen und sich schwerlich wiederholen dürften. Es fällt jedoch auf, daß viele deutsche Exporthäuser angesichts des Geldes aus ihren Verkäufen im Ausland belassen haben.

Im übrigen sieht gegenwärtig die amerikanische Goldposition im Mittelpunkt des Interesses. Man vernimmt nicht ohne Erkennen, daß Amerika im Zeitraum vom 26. September bis 2. Oktober 27 918 200 Dollars in Gold an das Ausland hat abgeben müssen, von denen allein 40 674 330 Dollars nach Frankreich floßen.

Athen, 3. Okt. Im reich besetzten Saal von Piraeus, in Gegenwart einer zahlreichen Menschenmenge, amarannte und küßte heute Venizelos den türkischen Minister Ismed Pascha bei seinem Eintreffen. Es ereigneten sich keine Zwischenfälle. Zu Ehren des Gastes finden zahlreiche Empfänge und Festlichkeiten statt, auch in der Somerplatzlandschaft. Nach der Ratifizierung des türkisch-griechischen Vertrages wird Ismed Pascha Dienstagabend nach Rom und von da nach Budapest abreisen. Alle Zeitungen enthalten sehr bezügliche Begrüßungsartikel.



